Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 88 (1991)

Heft: 6

Artikel: Europa : sozialpolitisches Defizit

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-838355

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Langfristig sehen wir drei Aktionsebenen, auf denen die Schweiz versuchen sollte, die «Asylmisere» zu beheben:

1. Die Verknüpfung von Asyl-, Gastarbeiter- und Einwanderungspolitik im Rahmen einer integrierten Migrationspolitik (im Sinne der Vorschläge des Strategieberichts des DFW);
2. die Koordination und Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Staaten;
3. die gezielte Aktivität unserer Aussenpolitik, unserer Aussenwirtschaftspolitik und unserer Entwicklungspolitik in den Herkunftsländern der Migranten.

SCHWEIZERISCHE KONFERENZ
FÜR ÖFFENTLICHE FÜRSORGE

Der Präsident:
Andrea Mauro Ferroni

Der Geschäftsführer:
Peter Tschümperlin

Europa: Sozialpolitisches Defizit

Für eine gesamteuropäische Verwirklichung sozialer Grundrechte

Aus der Perspektive «Für ein soziales und solidarisches Europa» befasste sich kürzlich ein Europa-Forum, das von der Caritas Schweiz in Luzern durchgeführt wurde, mit dem europäischen Binnenmarkt-Projekt «EG 92» sowie den daraus resultierenden sozialpolitischen Herausforderungen auch für die Schweiz.

Die Tagungsbeiträge liessen deutlich werden, dass der Bereich des Sozialen in der Europäischen Gemeinschaft nebst dem Wirtschaftlichen eine bloss sekundäre Rolle spielt. Die Sozialpolitik ist nach wie vor eine Angelegenheit vor allem der Mitgliedstaaten. Die Kompetenzen der Gemeinschaft beschränken sich auf die Gleichstellung von Mann und Frau sowie auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die entsprechende Sicherung der einzelnen Sozialsysteme. Die kürzlich verabschiedete Gemeinschafts-Charta sozialer Grundrechte der Arbeitnehmer stelle, so der EG-Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege, Bernd-Otto Kuper, bloss eine Absichtserklärung mit programmatischem Charakter dar.

Die Ausgrenzung und Verdrängung des Sozialen

Angesichts dieses sozialpolitischen Defizits sei es unabdingbar, dass sich Hilfswerke und gemeinnützige Verbände europaweit zusammenschliessen, um gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Bewegungen für die Durchsetzung sozialer Grundrechte in Europa wie dem Recht auf Arbeit oder dem Recht auf Existenzsicherung einzutreten. Eine solche Zusammenarbeit darf sich freilich nicht auf die EG-Mitgliedschaften beschränken, betonte Silvia Staub-Bernasconi, Dozentin an der Schule für Soziale Arbeit in Zürich. Sie müsse vielmehr – gerade angesichts der Veränderungen in Osteuropa – gesamteuropäisch erfolgen. An der Realisierung derartiger sozialer Bürgerrechte entscheidet sich, ob es in Europa eine wirkliche

soziale Union geben wird oder ob dieses eine blosse Wirtschaftsgemeinschaft bleibt.

Die Zürcher Soziologin zeigte sich indessen pessimistisch: «Weder die Gewerkschafts- noch die Frauenpolitik wird über die zukünftigen Lebenschancen und Sozialrechte der ArbeitnehmerInnen entscheiden.» Profitieren würden vom europäischen Binnenmarkt in erster Linie die Beschäftigten in den expandierenden Dienstleistungsbranchen der grossen städtischen Zentren. Die sozialpolitischen und ökonomischen Verlierer wiederum seien in den Randregionen Europas von Süditalien über Portugal und Spanien bis nach Irland zu finden. Tendenziell gerate der Bereich des Sozialen immer mehr zu einer Restkategorie, die bloss noch als Stör- und Kostenfaktor wahrgenommen werde. Sozialpolitik bedeute deshalb zusehends Abbau des Sozialen sowie seine Ausgrenzung und Verbannung ins Private.

Migranten nicht in die Illegalität treiben

«Das Bild von der Festung Europa, die sich gegen Immigranten abschottet, ist trügerisch», bemerkte Walter Schmid, Zentralsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Wer wirklich den Zutritt sucht, wird ihn auch in Zukunft finden – freilich um den Preis der Illegalität. In dieser Tendenz, Einwanderergruppen in die Illegalität zu treiben, liegt denn die Hauptgefahr der europäischen Harmonisierungsabkommen von Schengen und Dublin. Damit wird aber auch der erste Schritt zur sozialen Stigmatisierung der Immigranten getan.

Europa kommt, so Schmid weiter, nicht ohne Einreisevorschriften aus. Doch sollten diese von Realitäten ausgehen. Eine davon stellen die Süd-Nord- und die Ost-West-Wanderungen dar. Vor diesem Hintergrund wird die Migrationsfrage zur grossen Herausforderung Europas. Dabei kann nur die Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft leitend sein, die sich bemüht, zuwandernden Menschen eine Chance für soziale Entfaltung und Integration zu bieten. Ohne neue politische Mitbestimmungsformen ist dieser Herausforderung nicht zu begegnen. Nur so kann von den Zuwanderern verlangt werden, dass sie die in Westeuropa vorherrschenden (keinesfalls sakrosankten) Grundwerte und Regeln des Zusammenlebens auch nachvollziehen können.

Kapitalbedarf Osteuropas erhöht Zinsniveau

Bei der Frage nach dem Verhältnis Europa – Dritte Welt vertrat Richard Gerster, Koordinator für Entwicklungspolitik, die Auffassung, die Gefahr sei akut, dass die Dritte Welt die Zeche der Ost-West-Entspannung bezahle. So hätten die Geberländer gegenüber Osteuropa Hilfszusagen im Umfang von 1500 Dollar pro Kopf der Bevölkerung gemacht. Auf die Bevölkerung in der Dritten Welt bezogen, würde dies etwa der hundertfachen Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer im Jahre 1989 entsprechen.

Mindestens so wichtig wie die konkurrierenden Hilfsbudgets sind die wirtschaftlichen Folgen der Öffnung Osteuropas. So wird – nach Auffassung Gersters – der Kapitalbedarf der osteuropäischen Länder das globale Zinsniveau spürbar

erhöhen, was sich wiederum auf die hochverschuldeten Länder der Dritten Welt sehr negativ auswirken wird.

Suche nach einer europäischen Identität

Aus sozialethischer Perspektive merkte der Tübinger Theologe Dietmar Mieth an, dass Europa einerseits auch eine Geschichte des Vergessens und der Verdrängungen kenne. So etwa bedeute Europa 92 nicht nur «Binnenmarkt», sondern ebenfalls «500 Jahre Eroberung Lateinamerikas». Überdies bestehe Europa nicht nur aus den westeuropäischen Ländern, sondern auch aus den Regionen des Südens und des Ostens. Dies alles mache andererseits deutlich, dass es Europa eigentlich nicht gebe. Es suche vielmehr nach seiner Identität. Diese europäische Identität sei unter anderem zu finden über die Einsicht in die eigene Begrenztheit (Kontingenzerfahrung) – eine Einsicht, die zu einer politisch produktiven Gegenerfahrung werden könne in der Auseinandersetzung mit jenen Mammutprojekten des Binnenmarktes, die von einem eindimensionalen Machbarkeitswahn bestimmt sind. C.S.

Noch einmal Arten und Ansätze der Familienzulagen

In der März-Nummer der ZöF wurde eine Aufstellung der Arten und Ansätze der Familienzulagen, Stand 1. Januar 1991, publiziert. Die Angaben wurden traditionsgemäss der Zeitschrift ZAK des Bundesamtes für Sozialversicherung entnommen. Die Zentralstelle für Familienfragen des erwähnten Amtes machte uns nun nachträglich darauf aufmerksam, dass ihre Publikation zwei Fehlangaben enthielt, die hiermit berichtigt werden sollen.

So bezahlt der Kanton Genf für Arbeitnehmer (inkl. Landwirtschaft) Geburtszulagen von Fr. 1000.– (nicht Fr. 750.–).

Gemäss einem Schreiben des KIGA, Kanton Basel-Landschaft, wurde per 1. Januar 1991 im Dekret zum Kinderzulagegesetz folgende Änderung vorgenommen: «Paragraph 9 Abs. 1: Für Kinder mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Ausland werden die Ausbildungszulagen gemäss Par. 6 Abs. 3 des Gesetzes in der Höhe der Kinderzulagen ausgerichtet. Die Ausbildungszulagen für Kinder im Ausland werden neu bis zum 25. Altersjahr, jedoch nur in der Höhe der Kinderzulage gewährt.»

p. sch.

Neue SKöF-Mitglieder

Fürsorgebehörde der Bürgergemeinde, 2545 Selzach; Gemeindeverband Oberhofen, 3653 Oberhofen; Fürsorgekommission, 4950 Huttwil; HEKS, 8029 Zürich; Pro Infirmis Kt. Bern; SRK, Koordinationsstelle Flüchtlingswesen, 5000 Aarau; Service social, 2610 St-Imier; Psychiatrische Klinik, 3110 Münsingen; Vormundschafts- und Fürsorgebehörde, 3506 Grosshöchstetten; Gemeindekanzlei, 5503 Schafisheim; Gemeinde Hundwil, 9064 Hundwil; Sozialpsychiatrischer Dienst, 5200 Windisch; Fürsorgekommission, 8595 Altnau.